



MdB Astrid Grotelüschchen

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-74608

Fax: +49 30 227-76608

E-Mail: astrid.grotelueschen@bundestag.de

16. Mai 2018

Grotelüschchen: Erhöhung der Betreuervergütung jetzt auf gutem Weg

„Mit der beschlossenen Erhöhung wollen wir im Bund die seit Jahren wachsende eklatante Lücke zwischen Leistung und Entlohnung verkleinern“ so die hiesige Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschchen (CDU) über das Gesetz zur Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung. Nach langen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern, die letzte Anpassung fand vor mehr als 13 Jahren statt, machte der Bundestag am Donnerstagabend den Weg frei. Das Gesetz muss nun durch den Bundesrat bestätigt werden.

Ein erster Versuch der Erhöhung war in der vergangenen Legislaturperiode letztlich dort versandet. „Auch die jetzige Steigerung deckt den in Teilen noch darüber hinaus gestiegenen Arbeitsaufwand und die Kosten in diesem sehr anspruchsvollen Bereich für die Beschäftigten nicht voll ab“ so Grotelüschchen und erklärt weiter: „Mit den erreichten 17% geben wir im Bund die richtige Richtung vor. Wir sind aber durch die Ausgabenhoheit der Länder an deren Zustimmung gebunden. Ohne ihr klares Bekenntnis, hier noch mehr Geld in die Hand zu nehmen, ist eine weitere Steigerung nicht zu erreichen.“

Für viele Menschen mit Hilfebedarf, vom Demenzerkrankten bis zum verschuldeten Jugendlichen, geben Betreuer Sicherheit mit einem Maximum an Selbstbestimmung. Neben steigenden Fallzahlen und immer komplexeren Aufgaben sind gerade im Ländlichen Raum die oft weiten Fahrtstrecken eine Belastung, die den Haupt- und Ehrenamtlichen Zeit für ihre eigentliche Tätigkeit raubt.

Als nächstes will der Bund intensiv an der Verbesserung von Qualität und Struktur der rechtlichen Betreuung arbeiten. Astrid Grotelüschchen will wie in den vergangenen fünf Jahren im engen Austausch mit den Betreuungsvereinen, u.a. mit Geschäftsführerin Christine Bussas und ihrem Team im Landkreis Wesermarsch, bleiben: „Die Bundesländer, auch Niedersachsen, müssen ihrer Verantwortung jetzt gerecht werden und das Beschlossene auch umsetzen, sonst war unsere Arbeit umsonst und das wäre ein fatales Signal für die Hauptamtlichen und insbesondere für die vielen Ehrenamtlichen.“